Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 147. Freitag, den 27. Juni 1919. 17. Jahrgang.

Hindenburgs Abschied.

Generalfeldmarschall von Hindenburg richtete folgende Abschiedskundgebung an seine Truppen:

Soldaten! Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich Euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kund getan hatte, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, **lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder.** Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem bewegten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei Königlichen und Kaiserlichen Kriegsherren dienen durfte. Zeiten stiller unermüdlicher Friedensarbeit, stolzen Aufsteigens, großer Siege und zähen Ausharrens stehen mir dabei vor Augen. Ich gedenke aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Lage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Lichtblick in dieser namenlos wehen Zeit. Dafür gebührt Euch allen, darnuter nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unentwegt die Wacht an der Ostfront hielten, mein unauslöschlicher Dank. Mit diesem Dank verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben: Das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu bewahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch Euch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes Vaterland aus tiefster Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen. Lebt wohl, ich werde Euch nie vergessen.

von Hindenburg.

*

General Gröner hat an den Reichspräsidenten nachstehende Drahtung gerichtet: Nachdem der Generalfeldmarschall von Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident, Nachstehendes vorzutragen. Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. Juni erklärt, daß für den Fall der Annahme der Schmachparagraphen eine große Zahl von Offizieren und Soldaten der Regierung nicht weiter dienen würden. Dasselbe ist nochmals in dem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 22. zum 23. Juni zum Ausdruck gebracht worden. Besonders Sie, Herr Reichspräsident, werden es mir nachempfinden, daß ich unter diesen Umständen nach bedingungsloser Annahme des Friedensvertrages, den Wunsch hege, aus meiner Stellung zu scheiden. Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bin ich jedoch bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf meinem Posten zu verharren.

General Gröner.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet: Herr Reichspräsident! Auf mein Schreiben vom 1. 5. 19 haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preußischen Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen.

von Hindenburg.

Zur Versenkung der deutschen Flotte.

Ein Vertreter der „Daily News" hatte mit einem Seemann aus Thursa über die Versenung der deutschen Schiffe eine Unterredung. Der Seemann äußerte sein Befremden darüber, daß man den Deutschen gestattet habe, ihren Plan auszuführen. Es sei schon seit längerer Zeit überall davon gesprochen worden, daß die Deutschen diese Absicht hätten. Die Nachricht habe darum auch niemand überrascht. Man erhält aus diesen und ähnlichen Aeußerungen den bestimmten Eindruck, daß die englischen Behörden durch eine berechnete passive Haltung der Versenkung der Schiffe wesentlichen Vorschub leisteten.

„Daily Herald" vom 23. Juni berichtet über die Versenkung: Am Sonnabend mittag wurde die deutsche Flagge (gemeint ist die Kriegsflagge) mit einer roten Fahne darunter auf einem Schiff gehißt. Man glaubt, daß auf dieses Zeichen hin die Ventile geöffnet wurden. Die Mannschaften, die alle Rettungsgürtel angelegt hatten, begaben sich in die Boote. Einige sprangen ins Wasser. Die Wachtschiffe der britischen Flotte eröffneten das Feuer, um die Mannschaften zu veranlassen, auf ihre Schiffe zurückzukehren, erreichten aber ihren Zweck nicht, denn die Leute sprangen sofort über Bord ins Wasser. Alle verfügbaren Schiffe von Scapa Flow beteiligten sich an der Rettung der im Wasser liegenden Deutschen. Demselben Blatte zufolge erklärte der bekannte Marineschriftsteller A. W. Pollen: Ich kann nicht anders, als die Tapferkeit der deutschen Seeleute bewundern, die ihre Schiffe lieber versenkten, als sie in den Besitz des Feindes fallen ließen. Es ist eine sehr bemerkenswerte Tatsache, daß während des ganzen Krieges nur ein deutsches Kriegsschiff, das U-Boot U. C. 25, von uns erbeutet wurde. In der deutschen Flotte besteht immer noch die Tradition, sich nicht zu ergeben. Der kriegerische Geist der deutschen Flotte war immer ungeheuer.

Die Vorbereitungen zur Unterzeichnung.

Die „Times" melden aus Paris:

Clemenceau, Wilson und Lloyd George haben Versailles einen Besuch abgestattet, um die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Vertrages, die wahrscheinlich am Freitag stattfinden wird, zu besichtigen. Man erwartet, daß Müller an der Spitze der deutschen Delegation stehen wird.

Der Gouverneur des englischen Besatzungsgebietes, Generalleutnant Charles Fergusson, macht in Köln bekannt, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles noch nicht den endgültigen Friedensschluß bedeute. Der Friedensvertrag müsse noch von den verschiedenen Mächten ratifiziert werden. Bis dahin bleiben die bisherigen Verwaltung des besetzten Gebietes und die erlassenen Befehle und Verordnungen in Kraft.

Niemand will unterzeichnen ...

Laut „B. T." lehnte Hermann Müller es ab, den Frieden zu unterzeichnen, ebenso ist Herr Erzberger nicht geneigt, ihn zu unterschreiben.

Neue Erklärungen Clemenceaus.

Clemenceau hat in den Wandelgängen der französischen Kammer seinen Freunden erklärt, daß er niemanden ermächtige, von seiner Absicht sich zurückzuziehen, Kunde zu geben. Es gehöre nicht zu seinen Gewohnheiten, für die Ausführung seiner Absichten Vermittler zu wählen. Als Datum für die Unterzeichnung des Friedens bezeichnete Clemenceau den nächsten Sonnabend und ferner den Montag nächster Woche als Tag seiner Kammererklärung über die allgemeine Lage. Er bereitete seine Anhänger darauf vor, daß sich die französische Demobilisierung nicht so rasch werde vollziehen lassen, als anfänglich geglaubt wurde. Hauptursachen für diese Verzögerung seien die deutsch-polnischen Unstimmigkeiten und die voraussichtlich monatelange Dauer bis zur vollständigen Regelung der bulgarischen und türkischen Angelegenheiten.

Die Ostmark verlangt Verteidigung.

In Bromberg war eine von der Deutschen Vereinigung eineberufene Versammlung überaus stark besucht und gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des Bromberger Deutschtums. Die ernsten Sorgen der Stunde hatten Tausende von Männern und Frauen herbeigeführt, um aus dem Munde des Führers der deutschen Volksratbewegung, Geheimrat Cleinow, zu vernehmen, was unter der veränderten Sachlage zu tun sei, um Heimat und Volkstum vor den drohenden Gefahren zu retten. Geheimrat Cleinow schilderte die Umstände, die zum Zusammenbruch der Widerstanskraft der Regierung geführt haben. Die Stimmung West- und Ostpreußens sei heute die einer ungeheuren Bitterkeit und Verzweiflung. Um so mehr gelte es, daß die Deutschen der Ostmark klaren und festen Willen beweisen, unerschütterlich zusammenzustehen. Es sei die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks, mit den maßgebenden polnischen Faktoren zu einer Verständigung zu kommen, die den Deutschen der Ostmark ihre volle Gleichberechtigungen durch die Gewährung einer Selbstverwaltung garantiere. Nur dann könnten die Deutschen der Ostmark dem Gedanken näher treten, die Waffen aus der Hand zu legen. Es war ein feierlicher Augenblick, als dem Führer der Volksratbewegung das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen und das Gelöbnis der Versammlung gegeben wurde, ihm zu folgen, komme, was da wolle.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Nachdem Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag der Entente angenommen haben, haben wir keine Möglichkeit mehr, für unser Verbleiben beim Deutschen Reiche einzutreten. Um so mehr sind wir bereit, für unsere nationalen Rechte zu kämpfen. Wir verlangen, daß unsere Militärmacht in vollstem Umfange ausgenutzt wird, um diese Rechte zu sichern. Wir fordern daher, daß der militärische Führer sich findet, der die Truppen einheitlich zusammenfaßt. Wir wollen keinen Angriff gegen Polen, verlangen aber die nachdrücklichste Verteidigung gegen jeden polnischen Angriff. Wir verlangen, daß die Waffen erst dann aus der Hand elegt werden, wenn uns nicht nur die Polen, sondern auch die Entente unsere Gleichberechtigung durch Vertrag zugesichert haben.

Die allgemeine Lage.

Von einer aus Weimar zurückgekehrten amtlichen Persönlichkeit erfahren wir über die allgemeine Lage folgendes:

Die immer mehr steigende Nervosität in Frankreich ist durchaus begreiflich, zumal Frankreich fürchtet, daß England, Amerika und Italien mit Deutschland nach Unterzeichnung des Friedensvertrages den Wirtschaftsverkehr wieder aufnehmen werden. Besonders wird Italien, das ja von seinen Verbündeten in seinen Hoffnungen betrogen worden ist, versuchen, sich Deutschland zu nähern. Schwer ins Gewicht fällt bei diesem Vorhaben die große Gewitterschwüle im Südosten. Die neuen auf dem Balkan geschaffenen Staaten stehen Italien mit der Hand an dem Schwert gegenüber. Ein weiterer Grund für die Unruhe in Frankreich ist die mögliche Verständigung Rußlands mit Deutschland, wenn auch nicht mit Lenin, so doch mit dem Günstling der Entente Koltschak. Sich über die Lage in Deutschland zu äußern, lehnte unser Gewährsmann ab. Allerdings betonte er, daß im Osten die Polen auf einen blutigen Widerstand stoßen werden, wenn sie versuchen würden, vor Unterzeichnung des Friedens in die ihnen zugestandenen Gebiete einzumarschieren.

Vor kommenden Dingen.

Die Umsturzpläne.

Aus Oberschlesien wird uns gemeldet, daß der Waffenschmuggel überhand nehme. Die Kommunisten entfalten eine ungemein rührige Tätigkeit und in den Bergarbeiter-Bezirken ist es ein offenes Geheimnis, daß nachts ganze Wagenladungen Gewehre und Muntion, die aus Oesterreich, Polen und Rußland stammen sollen, über die Grenze gebracht werden. Die Polen scheinen zu glauben, daß sich diese Waffenanhäufung vor allem gegen sie richte und haben bereits mit Einziehung der jüngeren Jahrgänge begonnen.

* * *

In Wien liegen Nachrichten vor, daß die Kommunisten in Ungarn einen **Einbruch der Roten Armee nach Deutsch-Oesterreich** planen, um den dortigen Umsturz, der kürzlich in den ersten Anfängen stecken blieb, zu vollenden. Die Staatspolizei hat bereits Sicherheitsmaßnahmen getroffen und größere Gendarmerieabteilungen an den gefährdeten Grenzorten zusammengezogen.

Vom künftigen Weltverkehr.

Es ist vielleicht etwas kühn, in diesen Tagen der Verbarrikadierung der Straße zum Weltfrieden vom künftigen Weltverkehr zu sprechen. Und trotzdem wird es nicht überflüssig sein, auch in Deutschland die Veränderungen der wirtschaftlichen Zustände innerhalb des Blockaderings, der uns jahrelang umgeben hat, immer und immer wieder von neuem zu betrachten und zu untersuchen. Denn wir hängen leider noch zu sehr an der Auffassung, daß man hoffen darf, daß vieles wieder in alte Bahnen zurücklenkt, während in diesen fünf Jahren sich weltwirtschaftlich unendlich viel geändert hat, worauf Rücksicht zu nehmen, das deutsche Volk dringende Veranlassung hat. Zu diesen neuen Verhältnissen gehört auch die Tatsache, daß sich offenbar in den überseeischen Ländern Produktionsfähigkeit und Einfuhrbedarf erheblich verschoben haben; namentlich die Vereinigten Staaten, deren Volkswirtschaft auf einem innerlich außerodentlich reichen Fundament ruht, weil das Land ganz außergewöhnliche Bodenschätze mit höchster Fruchtbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen verbindet, scheinen eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht zu haben. Eine solche könnte selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Art des künftigen Weltverkehrs zwischen Europa und den Vereinigten Staaten bleiben.

Die National City Bank hat nun kürzlich eine Uebersicht über die Einfuhrziffern der ersten 8 Monate des nordamerikanischen Fiskaljahres veröffentlicht, in der sich folgende auffallenden Zahlen für die Einfuhr von Europa nach den Vereinigten Staaten finden:

1. Juli bis 28. Februar	Mill. Doll.
1913	628,5
1914	594,8
1915	431,3
1916	371,5
1917	390,0
1918	284,1
1919	187,8

Zu diesen Zahlen wird bemerkt, daß die Ziffer für 1919 kleiner ist als jemals in den letzten 20 Jahren. Dabei hat man aber vor allem noch die außerordentlichen Preissteigerungen der letzten Jahre zu berücksichtigen, sodaß sicher ist, daß die effektive Einfuhr des Jahres 1919 weit mehr hinter der des Jahres 1913 zurückbleibt, als in vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die beiden Jahre sich in dieser Beziehung wie 6 : 1 gegeneinander verhalten.

Was bedeutet das? Das bedeutet nicht ,nur, daß ein erheblicher Teil Europas in den letzten Kriegsjahren verhindert war, seine Waren nach Amerika zu bringen, sondern vor allen Dingen, daß die Vereinigten Staaten — sie allein kommen als zweites Haupt-Industriegebiet der Welt neben Europa in Betracht — in erheblichem Umfange dazu übergegangen sein müssen, denjenigen Bedarf, den sie früher aus der Einfuhr von Europa deckten, heute selbst zu befriedigen. Die obigen Zahlen sind der beste Beweis dafür, daß Amerika während des Krieges seine industrielle Erzeugung spezialisiert haben muß und voraussichtlich nach dem Kriege in weit höherem Umfange in der Lage ist, seinen Bedarf aus eigenen Quellen zu decken als vorher. Denn von einem steigenden Mangel an Erzeugnissen in Nordamerika in den Kriegsjahren ist nichts bekannt geworden. Die neugewonnenen Grundlagen eigener Fabrikation werden die Vereinigten Staaten umso eher festhalten können, als die früheren billigen Preise europäischer Waren nicht mehr als Anreiz zu einer großen Ausfuhr von Europa nach Amerika vorhanden sind, nachdem in allen europäischen Ländern erhebliche Preissteigerungen platzgegriffen haben.

Wir sehen also auch in Amerika, wenn auch aus anderen Gründen wie in Deutschland, einen gewissen Zug zu dem Prinzip der sogenannten „Autarkie", der Eigendeckung wirtschaftlichen Bedarfs. Das bedeutet bei der großen kraftstrotzenden Nation auf der Gegenseite freilich keinen Verzicht auf eine starke Beteiligung am Welthandel, wie dies von den deutschen Wirtschaftspolitikern für Deutschland empfohlen wird, die eine deutsche Binnenwirtschaft der Zukunft propagieren. In Deutschland aber sollte man sich von vornherein klar machen: Daß der Wiederaufbau einer leistungsfähigen Ausfuhr von Deutschland nach Amerika nicht nur den Hemmungen des Friedensschlusses, sondern auch den Nachwirkungen unterworfen sein wird, die infolge der stärkeren industriellen Eigenerzeugung Nordamerikas eintreten werden. Die notwendige Steigerung der Ausfuhr des Deutschen Reiches, die unbedingt erforderlich ist, wenn der langsame Wiederaufbau überhaupt gelingen soll, verlangt auch aus diesen Gründen die Zusammenfassung aller Kräfte, um unserer Produktion für Ausfuhrzwecke zu verbilligen. Die jetzige Lohnpolitik und die sogenannte Planwirtschaft werden die Erreichung dieses Zieles nicht fördern, sondern unmöglch machen. Bliebe es dabei, dann würde die Verarmung des deutschen Volkes eine vollständige und der Kelch bis zum letzten Tropfen geleert werden müssen!

Neue Wege der Wirtschaft.

—er. Hauptaufgabe der neuen Wirtschaft wird sein, mit möglichst geringem Aufwand möglichst großen Ertrag zu schaffen. Dies bedingt Anwendung wissenschaftlicher Betriebsführung, an der es bisher auf allen Gebieten meistens fehlte. Diese Betriebsführung, mag die künftige Wirtschaft nun freie oder gebundene Planwirtschaft werden, wird folgende Richtlinien und Möglichkeiten anzuwenden haben.

Einmal werden alle Stoffe und Produktionsmittel möglichst sparsam zu verwenden sein; sodann werden wir in weitgehendem Maße Transportökonomie, Ersparnis unnützer Transporte von Waren, befolgen müssen. Von besonderer Bedeutung wird ferner sein die Standortswirtschaft und Standortsökonomie, wie Franz Eulenburg (Neue Wege der Wirtschaft) betont. Es wird nicht nur der rechte Stoff zur rechten Verwendung kommen und das rechte Gut für den rechten Transport verwandt werden müssen, sondern noch mehr der rechte Betrieb auch am rechten Platze. Besonders wird dies für Landwirtschaft und Gewerbe zu gelten haben.

Sodann wird man erhöhte Aufmerksamkeit der Normalisierung und Typisierung der Formen zuwenden müssen; für die bisherige Mannigfaltigkeit in der Produktion wird kein Platz mehr sein. Auch in der Oekonomie menschlicher Arbeit wird man neue Wege zu wandeln haben; das Taylorsystem, in vernünftigem Grad und Maßstab angewandt, wird wieder zu Ehren kommen müssen. Es gilt, die Gesamtheit der Arbeitskräfte auf ein Höchstmaß zu bringen. Dies wird insbesondere zu erstreben sein durch erhöhte Einstellung von Maschinen und die dadurch bedingte Ersparnis an Arbeitskraft. Arbeitszerlegung, Normalisierung, Systematisierung werden einen wesentlichen Bestandteil der neuen deutschen Arbeitsökonomie ausmachen müssen. Auch Berufsauslese und Berufsberatung gehören in dieses Gebiet, in dem für die Erziehung des jungen kaufmännischen Nachwuchses noch ganz neue unbeschrittene Wege der Erschließung harren.

Die Ersparnis im Verbrauch wird erhöhte Berücksichtigung erfordern. Allerdings soll man nicht in übertriebener Weise die Luxusherstellung unterbinden, im Gegenteil, in gewissem Rahmen ist die Luxusproduktion sowohl für den Umsatz im Inland wie auch für den Absatz nach dem Ausland durchaus zubegrüßen. Man vergesse auch nicht, daß durch zu starke Einschränkung des Verbrauchs eine sehr wesentliche Triebfeder zur intensiven Arbeit beseitigt würde. Aber was not tun wird, ist Vereinheitlichung des Konsums statt der bisherigen großen Mannigfaltigkeit. Amerika und England sind in dieser Beziehung vorbildlich. Auch die Verwertung der Abfälle und die Neubenutzung von Altmaterial wird, wie Eulenburg betont, in der künftigen Wirtschaft erhöhte Berücksichtigung fordern. Die Herstellung von Einheitsware in der Bekleidungs- und Verbrauchsindustrie wird auf ganz andere Grundlage zu stellen sein als bisher.

Dies sind einige der Wege, die die künftige deutsche Wirtschaft zu gehen haben wird, deren Ziel ja mehr denn je wird sein müssen, mit verminderten Mitteln erhöhte Gütermengen herzustellen und zu verwenden.

Raub deutscher Eisenbahnkonzessionen in China.

Französische Blätter berichten aus Peking:

Der chinesische Minister für Handel und Verkehr benachrichtigte die französische, englische und amerikanische Gesandtschaft, das alle bisherigen Rechte Deutschlands auf die Eisenbahnlinie Hukang als verfallen anzusehen seien. Der Minister teilte ferner mit, daß von dem Zeitpunkte der Kriegserklärung an auch die Bezahlung der Zinsen auf die deutschen Anleihen eingestellt wurde. Der Betrag dieser Anleihen sowie der Zinsen werde von der chinesischen Regierung als Garantie für die Entschädigung zurückbehalten, die Deutschland an China zu entrichten habe. Der Verkehrsminister gab schließlich dem Wunsche nach einem Bündnis mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten Ausdruck, damit diese Nationen sich am Bau der Eisenbahnlinie Hukang beteiligen könnten. Nach der Unterzeichnung des Friedens werden die deutschen Rechte auf diese Linie endgültig ausgelöscht sein.

*

Die vorstehende Meldung verschweigt natürlich, daß China diese Maßnahmen unter dem Druck der Entente trifft, die sich hier, wie überall sonst, in wohlerworbene deutsche Rechte drängt.

Deutsches Reich.

— **Seitens der Leitung des allgemeinen Eisenbahnerverbandes** wird mitgeteilt, daß die meisten Betriebsstellen des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin ausgebrochenen Teilstreiks lediglich auf eine bewußte Irreführung der Eisenbahner durch kommunistische Elemente zurückzuführen sind. Ueber die Einkommenforderungen, welche die großen Gewerkschaften der Eisenbahner aufgestellt haben, beginnen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und dem Staatsministerium sowie einem Ausschuß der Landesversammlung am Donnerstag. Die Leitung des allgemeinen Eisenabhnerverbandes ist der Ueberzeugung, daß diejenigen Arbeiter, welche durch einen wilden Streik die Verhandelnden vor vollendete Tatsachen stellen wollten, damit der Gesamtheit der Eisenbahner den schwersten Schaden zufügen und die Verhandlungen im ungünstigen Sinne beeinträchtigen. Sie warnt deshalb alle Eisenbahner auf das nachdrücklichste, sich von unverantwortlichen Treibern für offensichtliche politische Zwecke mißbrauchen zu lassen.

— **In Hamburg** fand auf der Kommandantur eine Besprechung zwischen dem derzeitigen Leiter der Kommandantur Oberstleutnant von Mansfeld und einer Deputation der 12er Kommission der Arbeiterschaft statt. Man wurde dahin einig, daß die Kommandantur unter den Schutz der Volkswehr und der organisierten bewaffneten Arbeiterschaft gestellt wird. Die Kommandantur wird ihre Geschäfte weiter führen unter Ausschluß jeder Einmischung in die Politik. Gleichzeitig wurde auch im Rathaus zwischen der 12er Kommission der Arbeiter und dem Senat verhandelt. — Die Stadt befindet sich in Händen der bewaffneten Arbeiter. Es schweben Verhandlungen, um Ruhe und Ordnung zu bewahren, damit die Reichswehr nicht in Hamburg einzurücken braucht. Die Volkswehr schickte Patrouillen auf die Straße, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Verschiedene Geschäfte in Hamburg und Altona wurden geplündert.

Der Vertreter der „Deutschen Tageszeitung" in Versailles Wilhelm Scheuermann wurde, als er in das Hotel Vatel zurückkehrte, von einigen Agenten des Sicherheitsdienstes im Auftrage des Militärgerichts Paris ohne nähere Angaben der Gründe verhaftet. Die deutsche Delegation, die auf dem Standpunkt steht, daß die im Gefolge der Delegation sich befindenden Journalisten unter dem Schutze der Exterritorialität stehen, besonders da ihre Namen vor der Abreise der Delegation nach Versailles der französischen Regierung bekanntgegeben wurden, hat in einer Note gegen die Verhaftung protestiert.

— **Die Umgestaltung des Auswärtigen Amts.** Unserer kürzlichen Voraussage entsprechend steht im Auswärtigen Amt eine grundlegende Umgestaltung bevor. Diese wird im Auftrage des Kabinetts von dem neuen Minister des Auswärtigen Amts Hermann Müller vorgenommen werden. Zur Bearbeitung aller Fragen, die besondere Sachkenntnis erfordern, wird dem Minister ein Staatssekretär beigegeben werden, der aber bisher noch nicht ernannt worden ist. Die voraussichtlich sehr umfangreiche Umgestaltung wird insbesondere dadurch notwendig, daß nach erfolgter Ratifizierung des Friedens die Besetzung einer Reihe von diplomatischen Posten in den feindlichen Ländern vorgenommen wird.

— **Amtlich** wird gemeldet: Der Chef der Admiralität hat folgenden Erlaß an die Marine gerichtet: An die Marine! Sicherheit und Einigkeit des Reichs fordern als höchstes Gebot in dieser schweren Zeit, daß jeder auf seinem Posten bleibt, solange ihn das Vaterland braucht. Ich erwarte daher, daß die Marine unter meiner Führung ihren Dienst weiter tut. Unerschütterlich aber lebt in uns die Ueberzeugung, daß die Schmachparagraphen der Friedensbedingungen mit der Soldatenehre unvereinbar sind. Gez. von Trotha, Chef der Admiralität.

— **Auf der Strecke Oppeln-Breslau** wurde der Versuch unternommen, die großen Vorflutbrücken der Oder zwischen Oppeln und Szczepanowitza in die Luft zu sprengen. Morgens 3½ Uhr rückten an drei Brücken zugleich größere Banden an. Den Wachmannschaften gelang, es die Angriffe durch Gewehrfeuer und Handgranaten abzuschlagen.

— **Oberpräsident von Batocki** hat seine Enthebung vom Amt nachgesucht.

Stadt und Land

gehören unbedingt zusammen.

In diesem Sinne,

für ein gesundes und starkes Volk,

kämpft das

Kösliner Volksblatt.

Politische Nachrichten.

— **Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei** findet am 12. und 13. Juni in Berlin statt.

— **Ein nationaler Trauertag.** Die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung beantragt, zu beschließen: Die Regierung wird ersucht, den 22. Juni oder den darauf folgenden Sonntag als nationalen Feiertag festzusetzen.

— **Deutschnationale Anfrage über Zermürbungsversuche in den Freiwilligenverbänden.** Der deutschnationale Abgeordnete D. Traub hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt: „In den „Hamburger Nachrichten" vom 25. Mai 1919 wird ein Schreiben der Zentrale des roten Soldatenbundes veröffentlicht, in welchem eine Reihe ganz bestimmter Ratschläge zur inneren Zermürbung der Freiwilligenregimenter zusammengestellt ist, mit denen sie „die geistigen Kräfte aus den Freiwilligenverbänden herauszuziehen" beabsichtigt. Was hat die Reichsregierung getan, um dieser planmäßigen Verhetzung entgegenzuarbeiten?"

— **Deutschnationale Anfrage über die Herstellung alkoholischer Getränke.** Der deutschnationale Abgeordnete D. Mumm hat folgende Anfrage gestellt: Trinkbranntwein und Bier sind in weitestem Umfang erhältlich, während nach den Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums Nr. 22 schwerste Sorgen für unsere künftige Ernährung bestehen. Die „Branntwein-Sicherungs-Gesellschaft" will nach Nr. 17 der „Gastwirts-Zeitung" aus Heeresbeständen zwei Millionen Liter Trinkbranntwein 30—35 Prozent an die Angehörigen des Destillationsgewerbes abgeben. Nach Nr. 16 des „Deutschen Reichsanzeigers" sind vom Oktober 1918 bis März 1919 im Branntweinsteuergebiet 51 065 Hektoliter nach Versteuerung in den freien Handel gesetzt worden. Wie viel Nahrungsmittel sind seit November 1918 zur Herstellung alkoholischer Getränke freigegeben worden? Hat die Regierung Maßnahmen getroffen, um die Nahrungsmittel künftig der Volksernährung zu sichern?

— **Deutschnationale Anfrage über Benachteiligung von Textilbetrieben.** Der Abgeordnete Neuhaus hat in der Preußischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt: Diejenigen Betriebe der Textilindustrie (insbesondere Webereien), die nicht direkt von den zuständigen Reichsstellen beliefert werden, sind dadurch im Nachteil, daß sie die beliefernden Spinnereien sich fast ausnahmslos weigern, Kriegsanleihe in Zahlung zu nehmen, obwohl die Spinnereien selbst den liefernden Reichsstellen zur Hälfte Kriegsanleihe in Zahlung geben. Ist die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Spinnereien denselben Zahlungsmodus einzuräumen, den sie selbst bei den Reichsstellen jeweilig genießen?

Preußische Landesversammlung.

Sitzung vom 25. Juni 1919.

Das Haus ist gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12,30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die förmliche Anfrage des Abgeordneten Adolf Hoffmann (Unabhängige Soz.) über die

Stellung der preußischen Regierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Wie kam die preußische Regierung dazu, im Staatenausschuß gegen die Unterzeichnung des Friedens Stellung zu nehmen, ohne sie vorher über die Stellung der Landesversammlung unterrichtet zu haben? Welche Folgerungen gedenkt die Regierung zu ziehen? Der Friedensvertrag ist ebenso halsabschneiderisch wie der von Brest-Litowsk und der von Bukarest. Darüber sind wir uns alle einig.

Ministerpräsident Hirsch: Wir haben uns nicht nur aus eigener Ueberzeugung, sondern auch in Erfüllung des von der Landesversammlung erteilten Auftrages gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen. (Sehr richtig!) Wenn wir bei der Entente nicht mehr erreicht haben, so sind die Unbhängigen in erster Reihe daran schuld. Von Demokratie soll keiner reden, der alle Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten geben will, das ist nicht Demokratie, sondern Diktatur. (Lärm bei den Unabhängigen). Wir haben den Mut zu erklären, daß wir auch die Diktatur des Proletariats bekämpfen. Wir haben uns übrigens nicht im Staatenausschuß gegen die Unterzeichnung ausgesprochen — dieser hat sich mit der Frage gar nicht zu befassen —, sondern in einer Konferenz und zwar im Gegensatz zu den meisten anderen Freistaaten. Wir haben die Landesversammlung nicht erneut befragt, denn wir konnten nicht annehmen, daß die Meinung sich geändert hat.

Kriegsminister Reinhard: Der preußische Staat wird am grausamsten gebrandschatzt. Ich habe daher bis zum letzten gegen diesen innerlich unsittlichen und unerfüllbaren Vertrag gekämpft. Die Arbeit kann nur geleistet werden, wenn der Zusammenschluß von Heer und Volk wieder ganz fest gekettet ist. Unser gemeinsames Ziel ist die Größe unseres Vaterlandes. Dank den gefallenen Helden, Dank auch unseren Führern, insbesondere auch unserm Marschall Hindenburg!

Das Haus tritt nun in die Besprechungen der Antworten ein.

Abg. von Kardorff (Deutschnational): Wir sind nicht in der Lage, der Regierung ein allgemeines Vertrauensvotum auszustellen. Auch wir sind der Meinung, daß die Regierung die Landesversammlung nochmals befragen mußte. Der unerträgliche Friedensvertrag ist nur die Folge des 9. November. (Unruhe bei den Soz.). Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir noch einmal zu einem Reich kommen, das alle deutschen Brüder, auch die Oesterreichs, umschließt.

Abg. Herold (Zentrum): Wir sind durch die Unterschrift der übermächtigen Gewalt gewichen. Die Ehre des deutschen Volkes bleibt davon unberührt, nicht aber die Ehre der Nationen, die uns diesen Frieden auferlegt haben. Wir glauben durch unsere Haltung den Interessen des Vaterlandes am besten gedient zu haben.

Abg. Dr. von Krause (Deutsche Volkspartei): Wäre unser Volk einig gewesen, so wäre der Frieden wohl besser ausgefallen.

Minister Heine: Es ist beklagenswert, daß diese Stunde uns nicht einig und geschlossen findet. Aus einem Streben nach einem bessereen Frieden konnte nichts werden, weil die Freunde des Herrn Hoffmann uns an die Feinde verraten haben. Auch die Art, wie die Rechte gegen die Regierung polemisiert, zeigt, daß es ihr um positive Arbeit nicht zu tun ist. (Lärm rechts. Der Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.) erhält für den Zwischenruf „Zuhälterrede!" einen Ordnungsruf.) Ich bitte auf die Rechte: Unterstützen Sie die Regierung! Wenn alle einig sind, die ihr Vaterland lieben, dann werden wir über die Not hinwegkommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (Demokrat): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde in diesem Hause würde auch jetzt, wenn ich zu bestimmen hätte, die Unterschrift unter den Friedensvertrag verweigern. Auch die gegenteilige Ueberzeugung wird von uns geachtet. Der Regierung sprechen wir gern unser Vertrauen aus. Wir billigen auch vollkommen die Haltung der demokratischen Partei in der deutschen Nationalversammlung. (Beifall.)

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung.

Kunst und Wissenschaft.

— **Das preußische Kultusministerium** hat beschlossen, den beiden anderen in Betracht kommenden Ministerien, nämlich dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern die von dem Personal der beiden Berliner Staatstheater an erster Stelle bezeichneten Männer, nämlich Leopold Jeßner für das Schauspielhaus und Dr. Max Schillings für die Oper zur Ernennung vorzuschlagen.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

81] (Nachdruck verboten.)

Und abgesehen davon, daß es materiell sehr schmerzlich war, wenn die Käufer verärgert wurden — er begriff Prettin überhaupt nicht, der doch sonst so rücksichtsvoll war.

Er gewann es kaum über sich, einen Feldarbeiter drei Minuten warten zu lassen. Und als er sich jetzt bei den Herren entschuldigte, um noch einmal in das Herrenhaus hinüberzugehen, war er fest entschlossen, sich nicht wieder abweisen zu lassen. So bedeutungsvoll konnte es doch wirklich nicht sein, was er mit diesem Frankenwalder Kaufmann zu verhandeln hatte.

Als er den Vorhof erreichte, fuhr eben der leichte Korbwagen auf die Landstraße hinaus, den Rogge für seine Fahrten über Land benutzte; und vom Hause her kam ihm Prettin entgegen. Helmut hatte ein Wort scherzhaften Vorwurfs auf der Zunge — aber es erstarb, als er einen Blick auf das Gesicht des Freundes geworfen hatte.

„Was ist —?"

Prettin schüttelte ablehnend den Kopf.

„Nicht jetzt," sagte er kurz. „Wir sprechen späterdavon. Entschuldige, daß ich nicht gekommen bin! Die Herren sind noch da? Dann komm — ich möchte das rasch erledigen!

Die beiden Gutsbesitzer aus dem Lebuser Kreis waren gutmütige Leute, und sie rechneten wohl auch damit, daß ein paar eingestaubte Flaschen sie für ihr Ausharren entschädigen würden. Mit den etwas derben Scherzen, wie sie auf den Gütern der Mark im Brauch sind, begrüßten sie Prettin; aber sie wurden still, als nicht einmal das flüchtigste Lächeln das Gesicht des jungen Gutsherrn erhellte. Höflich bat er sie des langen Wartens wegen um Entschuldigung, aber er begann dann sogleich geschäftsmäßig kühl von dem beabsichtigten Kauf zu sprechen. Und die beiden behaupteten später, daß sie in ihrem Leben keinen schnelleren und keinen trockneren Pferdekauf abgeschlossen hätten.

Helmut selbst, der doch wußte, wie es bei solchen Geschäften der Brauch war, beobachtete Prettin mit wachsendem Erstaunen und wachsender Beunruhigung. Er war wohl froh, daß sich die Sache nicht durch sein Benehmen zerschlug, daß das Geschäft glücklich zustande kam. Aber als sie dann zusammen in das Herrenhaus zurückkehrten, konnte er sich doch nicht enthalten, zu sagen:

„Nimm mir's nicht übel — aber eigentlich hättest du ein bißchen freundlicher gegen die Herren sein können! Mir zuliebe. Du glaubst gar nicht, wie ich um all die schönen blauen Scheine in Angst gewesen bin — ich komme bei allem Rechnen nicht ohne etwas Bargeld aus, und wenn ich sie irgend wo hätte anbieten müssen, hätte ich vielleicht nur die Hälfte für die Fohlen bekommen."

„Bin ich unfreundlich gewesen? — Das wollte ich nicht. Aber wenn du Geld brauchst, so darfst du es mir nur sagen. Jetzt kann ich mir den Luxus leisten, etwas in das Gestüt hineinzustecken."

Unsicher sah Helmut ihn an.

„Wie meinst du das — du sagst das so sonderbar — —"

„Es ist nichts Sonderbares dabei. Aber da es nun gewiß ist, daß wir nur noch ein halbes Jahr höchstens hier sitzen — du und ich — weshalb sollen wir das Geld nicht für das Gestüt anwenden? — Dabei kannst du doch wenigstens etwas lernen. Und für den Herrn Teßmar, den ich hier wohl als Nachfolger zu erwarten habe, noch große Anstrengungen zu machen: dafür fehlt mir wirklich die Lust."

„Achim! — Was heißt das! — Was ist geschehen — —"

Der Gutsherr strich sich mit zitternder Hand über die Stirn. Und jetzt zwang er sich doch zu einem Lächeln, als er Helmuts Gesicht sah, das ganz weiß geworden war.

„Was geschehen ist? — Man bemüht sich um mich. Irgendein liebevoll besorgter Freund erweist mir den Gefallen, meine sämtlichen Verbindlichkeiten — das heißt die sämtlichen Verbindlichkeiten meines verstorbenen Onkels aufzukaufen. Wäre Rogge nicht, so hätte ich's noch nicht einmal erfahren. Bei dem haben sie kein Glück gehabt. Nach seiner Meinung steckt der Herr Teßmar dahinter — — Außerdem aber ist mir zum 1. April die zweite Hypothek gekündigt. Trotz der bestimmten Zusagen des Geldgebers. Und die Hypothek verschafft mir auch Rogges guter Wille nicht."

„Du hast dir Angst machen lassen, Achim! — Du siehst das gewiß zu schwarz! — Wenn die Hypothek damals beschafft worden ist, dann wird sie auch jetzt wieder zu beschaffen sein!"

„Sie ist von der Frankenwalder Sparbank gegeben. Der Direktor dieser Bank war der Spielgenosse und der — auch sonst der Genosse meines Onkels. Von Rechts wegen hätte er die Hypothek in dieser Höhe auch vor fünf Jahren nicht geben dürfen, denn hätte ich Hohen-Rauten nicht übernommen — hätte ich die Erbschaft nicht angetreten — niemand hätte jetzt den Preis für das Gut bezahlt. Aber was tut man nicht alles den Leuten zuliebe, deren Sekt man täglich trinkt!"

„Um so mehr hätte er doch die Pflicht, jetzt rücksichtsvoll gegen dich zu sein! — Warum kündigt er denn jetzt, wo er sieht, daß die Wirtschaft hier so viel besser geworden ist?"

Da griff Prettin nach seinem Arm und umklammerte ihn fest.

„Ja, warum!" sagte er mit seltsam schwerer Stimme. „Es gibt allerlei Abhängigkeiten. Und von wem die Frankenwalder Sparbank längst abhängt — das pfeifen in der Stadt die Spatzen von den Dächern!"

„Es ist nicht möglich! — Es kann — es darf nicht möglich sein! — Alles andere — aber eine so ungeheuerliche Schurkerei — ich kann es nicht glauben, Achim!"

Der junge Gutsherr hob mit einer müden Bewegung die Schultern.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 26. Juni 1919.

Zum 27. Juni: Sonnenaufgang 3,40. — Sonnenuntergang 8,24. — Mondaufgang 3,17. — Monduntergang 7,52.

Wetter:

Kühl, zeitweise heiter, dazwischen öfter Regenschauer, frische Nordwestwinde.

Los von Berlin!

Dieser Ruf erschallt nicht erst, seit in der Reichshauptstadt politischer Irrwahn und frevlige Genußsucht vor und hinter den Kulissen regieren. Schon lange vor, besonders aber während des Krieges konnte man ihn überall da vernehmen, wo der „Wasserkopf Berlin" durchschaut und seine unheilvolle Wirkung erkannt war. Trotzdem hat die Reichshauptstadt ihre — sagen wir einmal — Anziehungskraft für die Provinz beibehalten: was von Berlin kommt, wird unbesehen für gut und recht befunden, mag es noch so unsinnig, noch so teuer und für die mehr örtlichen Zwecke der Provinz noch so ungeeignet sein.

Das gilt im besonderen für alles, was mit dem Pressewesen zusammenhängt. Wir erinnern nur daran, wie bei Kriegsausbruch gerade die Berliner Presse es war, die die Oeffentlichkeit mit den tollsten Nachrichten überschüttete, wie ein Blatt das andere an Sensationsmeldungen überbot, nur um „etwas besonderes geleistet" zu haben. Erst das Eingreifen der militärischen Stellen machte diesem Unfug ein Ende; jetzt, angesichts der sogenannten Pressefreiheit, beginnt das Spiel von neuem und der Zeitungsleser in der Provinz läßt es sich ruhig gefallen, mehr noch: er macht seiner Ortspresse den Vorwurf, daß sie die „wichtigsten Nachrichten" nicht bringt, überhaupt nicht „auf der Höhe" ist. Derartigen Vorwürfen mit sachlichen Einwänden zu begegnen, ist außerordentlich schwer, in den meisten Fällen sogar vergeblich. Daß sich jene Sensationsnachrichten schon am anderen Tage als solche herausstellen, ficht ihre Freunde in der Provinz nicht an; auch werden Dementis und Berichtigungen gewöhnlich übersehen.

Genug: diese Vorliebe für die Berliner Großpresse ist aber jetzt doch allmählich ins Schwanken gekommen. Der Krieg hat der Provinzpresse zwar ungeheure Opfer auferlegt, aber sie auch angehalten, dem Nachrichtendienst weit über den örtlichen Rahmen hinaus Bedeutung zuzuweisen. So hat sie auf diesem Gebiete den Wettbewerb mit der Großpresse mit besten Erfolgsaussichten aufgenommen, umsomehr, als diese örtlichen Blätter dank ihrem eigenen Nachrichtenapparat alle Meldungen früher veröffentlichen können als die reichshauptstädtischen überhaupt eintreffen. Dazu kommt die Versorgung der Provinzpresse von Berlin aus mit Informationen und Leitartikeln über alle Fragen der Tagespolitik, die gleichfalls den großstädtischen Blättern vorauseilen und gerade in dieser Zeit der sich überstürzenden Ereignisse besonders wertvoll sind. Auch wir haben die Notwendigkeit erkannt, **eine eigene Vertretung in Berlin** zu schaffen, sodaß wir immer mehr in der Lage sind, unseren Lesern einen durchaus zeitgemäßen Lesestoff zu bieten. Dabei setzen wir voraus, daß wir aus unserem Leserkreise heraus in weitestgehendem Maße unterstützt werden. Nicht nur muß sich jeder sagen, daß ein auswärtiges Blatt ihm keine wirklichen Neuigkeiten zu geben hat, sondern daß es diesem auch an jeglicher Möglichkeit fehlt, die örtlichen Interessen der Leserschaft zu vertreten und zu befriedigen. Leser und Zeitung gehören aber gerade in der Provinz zusammen, nur so kann jeder Teil für den anderen ersprießlich wirken. Dazu gehört die Beseitigung jeglichen Vorurteils gegen die Ortspresse und der Entschluß: **Los von Berlin! Hin zur engeren Heimat!**

Lest die Ortspresse!

Das Reichsverwertungsamt und seine Tätigkeit.

Die vielen an die Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes in Köslin bisher gerichteten schriftlichen und mündlichen Anfragen veranlassen uns, zu den nachstehenden Ausführungen:

Das Reichsverwertungsamt Berlin hat die Aufgabe, jegliches freiwerdendes Heeresgut der Bevölkerung zum Verbrauch zuzuführen. Es bedient sich dabei der von ihm errichteten Zweigstellen. So ist für die ganze Provinz Pommern die Zweigstelle Stettin errichtet worden.

Die Zuführung des Heeresgutes zu den Verbrauchern verzögert sich dadurch, daß das Kriegsministerium bisher nicht in der Lage war, den Intendanturen ganz bestimmte Angaben darüber zu machen, welches und wieviel Gut zur Versorgung der Heimat-Truppen und des Ostschutzes erforderlich sei. Die Tätigkeit des Reichsverwertungsamtes kann naturgemäß erst einsetzen, nachdem ihm bezw. seinen Zweigstellen Gut von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt ist; aber selbst, nachdem die Heeresverwaltung Gut zur Verfügung gestellt hat, ist in den meisten Fällen die Verwertung desselben dadurch noch außerordentlich erschwert, daß die Kriegsaktiengesellschaften — rund 50 an der Zahl — sich das Verwertungsrecht über die im Kriege von ihnen bewirtschafteten Güter auch jetzt noch jetzt vorbehalten haben. Die von den Verbrauchern eingehenden Anträge auf Verabfolgung von Heeresgut müssen also von den Zweigstellen aufgeteilt werden in Anfragen an die verschiedenen Kriegsaktiengesellschaften. Aus der großen Zahl der Kriegsgesellschaften erhellt schon, daß es kaum Güter gibt, die nicht von irgend einer Kriegsaktiengesellschaft verwaltet werden. Um dann weiterhin eine gerechte Verteilung des Gutes zu erreichen, sind die Zweigstellen gehalten, das Gut möglichst durch gemeinnützige Verbände, wie Handels-, Handwerkskammern und dergleichen mehr zur Verteilung zu bringen. Da auch diese Art der Verteilung große Schwierigkeiten mit sich bringt, hat sich in Pommern die **Pommersche Provinzial-Verwertungsstelle** für Heeresgerät Stettin gebildet. In dieser Provinzial-Verwertungsstelle sind die Handels- Handwerks- und Landwirtschaftskammern der ganzen Provinz Pommern vertreten, sodaß in einer großen Anzahl von Fällen die

gerechte Verteilung des Gutes gewährleistet

ist, wenn die Zweigstelle Stettin die ihr zur Verteilung gestellten Heeresgüter der genannten Provinzial-Verwertungsstelle zuweist. Aus dieser Art der Verwertung scheiden aber ganze Gruppen von Heeresgütern aus. Von diesen Gruppen interessieren am meisten die Lebensmittel und die Textilien. Die Lebensmittel müssen von der Zweigstelle in erster Linie der Provinzial-Lebensmittelstelle und alle Textilien der Provinzial-Kleiderstelle angeboten werden. Der Bezug der Wiederverkäufer und der Verbraucher kann in diesen beiden Gruppen von Gütern nur durch vorgenannte Provinzialstellen erfolgen. Es erübrigen sich daher Anträge bezüglich Lebens- und Genußmittel und Textilien bei der Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes.

Der unmittelbare

Verkauf von Heeresgut an Verbraucher

muß naturgemäß auf das allernotwendigste Maß beschränkt werden, da einerseits die der Zweigstelle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht ausreichen, Kleinverkäufe in größerem Umfange vorzunehmen, und da andererseits bei Kleinverkäufen in keiner Weise eine gerechte Verteilung des Heeresgutes über die ganze Provinz Pommern gewährleistet ist. Die Kleinverkäufe lassen sich aber nicht ganz vermeiden und kommen vor allen Dingen in Betracht, wenn es sich um Belieferung von Kriegsteilnehmern handelt, die noch keiner Organisation angehören, bezw. sich erst eine Existenz gründen wollen. Letztere werden unmittelbar von der Zweigstelle bezw. von der Provinzial-Verwertungsstelle beliefert. Die Belieferung dieser Verbraucher kann, da Kettenhandel u. a. Schiebereien möglichst hintenan gehalten werden sollen, nur auf einen schriftlichen Antrag des Verbrauchers hin erfolgen, dem unter allen Umständen eine behördliche Dringlichkeitsbescheinigung beizufügen ist, die dahin lautet, daß der Antragsteller die Gegenstände, die er zu erwerben wünscht, für Ausübung seines Berufs dringend bedarf.

Was

die Verkaufspreise

anbetrifft, so sollen die heutigen Marktpreise im Allgemeinen zu Grunde gelegt werden. Es ist dabei belanglos, zu welchem Preise das Gut eingekauft ist. Es darf also nicht mehr nach den Grundsätzen der Preise bemessen werden, die früher von den Militärverwaltungen zur Anwendung gebracht sind. Sie rechneten gewöhnlich den Beschaffungspreis und machten einen Aufschlag von 4 bis 10 Prozent für Verwaltungskosten. Wenn diese Art der Berechnung beibehalten würde, so würden manche Güter unverkäuflich sein, da die Beschaffungsämter in den letzten Zeitläufen des Krieges unter dem Druck der Verhältnisse vielfach zu hohe Preise bezahlt haben. Andere Güter wieder, die aus der Zeit vor dem Kriege stammen, würden für einen zu geringen Preis veräußert werden. Durch den Verkauf der letztgenannten Güter muß das Reich, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, entschädigt werden für die ungeheuren Gütermengen, die im besetzten Gebiet den Feinden überlassen mußten und die in der Heimat bei Plünderungen, Diebstählen und dergleichen verloren gegangen sind. Der Verkauf von Gütern, die im Kriege erheblich im Preise gestiegen sind, zu Friedenspreisen, würde auch in manchen Fällen eine sehr bedenkliche Erschütterung unseres ganzen Wirtschaftslebens zur Folge haben. In diesem Zusammenhange sei aber noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unter den heutigen Marktpreisen, die für das freiwerdende Heeresgut gefordert werden, sollen, nicht die Preise des Schleichhandels zu verstehen sind. Die Preise des Heeresgutes bleiben unter diesen Preisen stets erheblich, oft sogar um ein vielfaches des Verkaufspreises zurück.

— **Die erste Kreissynode nach dem Kriege** fand Dienstag im Gemeindehaus in Köslin statt. Sie wurde von dem nunmehrigen Ephorus, dem Superintendenten Liz. Meyer, in der bisher üblichen Weise durch Gebet und Gesang eröffnet. Unter den zu Begrüßenden befanden sich zum ersten Mal zwei weibliche Mitglieder des Gemeindekirchenrats von Sankt Marien. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalien erstattete Herr Superintendent Liz. Meyer den Ephoralbericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände in den Gemeinden des Synodalkreises.. Die Kirchenfreunde haben sich angesichts der Bedrohung der Daseinsbedingungen unserer Kirche zu einer starken Sammelpolitik zusammengeschlossen, und als Frucht der dahin zielenden Bestrebungen ist der Gemeindeverein von Sankt Marien in Köslin und Kordeshagen und der engere Zusammenschluß in anderen Gemeinden anzusehen.. Mit Recht konnte der Redner sagen, daß in einer Zeit des Niederganges und Zerfalls die Konjunktur für die kirchliche Arbeit günstig ist, daß auf Grund der vorhandenen Ansätze man auf eine Wiedergeburt unserer Kirche zu einer wirklichen Volkskirche hoffen dürfe. Der Bericht löste einen sehr lebhaften Meinungsaustausch aus. Die paulinischen Anschauungen eines Synodalen, in der Gemeinde habe das Weib zu schweigen, fand keinerlei Anklang in der Versammlung. Vielmehr war die übrige Versammlung restlos der Meinung, daß man durch die beratende Mitwirkung der Frauen im Gemeindekirchenrat und in der Gemeindevertretung eine wertvolle Bereicherung erfahren habe, und noch erfahren würde. Ueber das Thema „Innere Mission" (Volksmission) sprach Herr Pastor Bluth-Lassehne und als Korreferent Herr Pastor Elgeti-Zanow. Ersterer verbreitete sich über die Durchführung der Mission auf dem Lande und betonte, daß er dabei vor allen Dingen der richtigen Persönlichkeiten bedürfe, die mit ihrem geistlichen Feuer in der Lage seien, auch auf andere Stünden zu wirken. Pastor Elgeti zeigte an Hand der Hilbertschen Schrift die beiden zu beschreitenden Wege der Volksmission: die Abhaltung apologetischer Vorträge, die den Zweck haben, Hemmnungen aus dem Wege zu räumen, die der Verstand dem Glauben bereitet. Sodann die Abhaltung von Evangelisationsversammlungen, die in der andauernd tätigen Predigt in Abschnitten von 2 zu 2 Jahren mit entsprechender Nacharbeit dazu führen, dem Glaubensfonds des Einzelnen wie der Gesamtgemeinde zu stärken. In der ganzen einsetzenden lebhaften Aussprache wurde eine Fülle von Anregungen gegeben. (Umfassende Mitwirkung der Laien, Pressemission, umfassende Vorarbeit für die Evangelisation, intensivere Arbeit in der Jugendpflege, Einbeziehung der Heidenmission in die Veranstaltungen der Inneren Mission und dergleichen mehr). Die übrigen Tagesordnung beschäftigte sich mit dem verwaltungstechnischen Apparat der Synode. Zum Schluß kam ein Antrag des Herrn Pastor Meyer in Seeger mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme, der folgenden Wortlaut hat: „Die Kreissynode Köslin, welche 40 000 Evangelische vertritt, beschließt: das evangelische Konsistorium und die pommersche Provinzialsynode möge der Nationalversammlung ihr Befremden darüber aussprechen, daß sämtliche politische Wahlen jetzt an den Sonntagen stattfinden. Es könnte auch, wenn die Wahlen an einem Wochentag stattfinden, für diesen die Arbeitsruhe festgelegt werden, mit der Verpflichtung, den Arbeitern den ausfallenden Lohn zu ersetzen. Wir dürfen erwarten, daß jede Obrigkeit Rücksicht nimmt auf die Gefühle des christlichen Volkes, das in den politischen Wahlen ein Attentat auf die Heiligkeit und Würde des Sonntags sieht."

— **Unsere Leser** werden wiederholt auf die in den Schaukästen an unserem Geschäftshaus Bergstraße 26 aushängenden Bilder zu den neuesten Tagesereignissen aufmerksam gemacht. — Ebenda gelangen regelmäßig nach Eingang die neuesten Depeschen und Sonderblätter zum Aushang.

— **Unsere Mitarbeiter** werden gebeten, bei Einsendungen an uns die Anschrift „Kösliner Volksblatt", Bergstraße 26, genau zu beachten. Man tut gut, Druckvorlagen nur einseitig zu beschreiben. Schluß der Annahme für Druckvorlagen ist vormittags 10 Uhr.

— **Die amtlichen Anzeigen** erscheinen in unserer Zeitung genau so vollständig und pünktlich wie in anderen Tagesblättern. Unsere Leser wollen den Anzeigenteil stets sorgfältig beachten.

— **Das Lehrgut der Landwirtschaftskammer** für die Provinz Pommern (vorwiegend für kriegsbeschädigte Offiziere bestimmt) hat seinen Betrieb eröffnet. — Anfragen sind an die Leitung des Lehrgutes Grensindshof, Züllchow in Pommern, zu richten.

— **Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime** (Ferienheime für Handel und Industrie) Sitz Wiesbaden, versendet ihren Jahresbericht für 1918. Trotz der überaus großen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung hat die Gesellschaft es möglich gemacht, ihren Mitgliedern neun Heime zur Verfügung zu stellen, die über ganz Deutschland verteilt waren. Es haben in ihnen 7715 Gäste mit 108788 Verpflegungstagen Aufnahme gefunden, sämtlich Angehörige des kaufmännischen und industriellen Mittelstandes, denen sonst ein Erholungsurlaub unmöglich gewesen wäre. Einer Anzahl von Kriegsteilnehmern und unbemittelten Angestellten hat die Gesellschaft vollständig freie Aufnahme in ihren Heimen gewährt. Sie hat außerdem in zwei als Lazarett dienenden Heimen 2059 verwundete oder erkrankte Soldaten in 54 868 Verpflegungstagen aufgenommen. Während des ganzen Krieges hat die Gesellschaft in ihren Lazaretten 11 120 Soldaten mit 383 750 Verpflegungstagen Aufnahme gewährt.

— **Deutscher Offizier-Bund, Ortsgruppe Köslin.** Unter Bezug auf den Aufruf im Sonnabend-Blatt wird ergänzend bemerkt, daß die Listen nunmehr in verschiedenen Geschäften zur Auslage gekommen sind. Die den Ortschaften des Kreises zugesandten Listen sollen zur Sammlung von Unterschriften ausgelegt und dem deutschen Offizierbund, Köslin, Danzigerstrße 1, zurückgesandt werden.

— **Protestkundgebung.** Wie uns aus dem Leserkreis mitgeteilt wird, findet heute Abend 6 Uhr auf dem Markt eine Protestkundgebung gegen die Unterzeichnung des Schmachfriedens statt.

— **Der hiesige Vaterländische Frauenverein** veranstaltete am Sonnabend eine schöne Feier, bei der 61 weibliche Dienstboten Auszeichnungen für langjährige treue Dienste vom Frauenverein erhielten, während die Zahl der in früheren Jahren Ausgezeichneten sich stets nur auf 20 bis 30 belief. Die Feier hatte schon am 22. Oktober vorigen Jahres stattfinden sollen, aber verschiedener Umstände halber bis jetzt verschoben werden müssen. Die zur Auszeichnung angemeldeten Mädchen, viele ihrer Angehörigen und die Dienstherrschaften hatten sich im Saale des Ulrikenstiftes zu der Feier versammelt, die durch einen Choralgesang eröffnet wurde. Sodann hielt Herr Pastor Tettenborn eine zu Herzen gehende Ansprache über den Wert treuen Dienens, der die Vorsitzende des Vereins, Frau Regierungspräsident Freifrau von Zedlitz und Neukirch einige Worte folgen ließ. Darauf überreichte die Vorsitzende in Anwesenheit mehrerer Vorstandsmitglieder die Auszeichnungen. Nach deren Verteilung wurde die Feier mit einem Choralgesang geschlossen. Es sei erwähnt, daß dieses Mal nur die Auszeichnungen zur Verteilung gelangten, die bis Ende des Jahres 1918 zur Anmeldung gekommen sind. Die Verteilung von Auszeichnungen für langjährige treue Dienste für 1919 findet voraussichtlich im Oktober dieses Jahres statt. Anmeldungen dazu werden jederzeit, spätestens aber bis zum 15. September dieses Jahres, vom Verein entgegengenommen.

Die Vorsitzende Freifrau von Zedlitz und Neukirch, die in schwerer Kriegszeit und in der bittersten Not des Vaterlandes den Verein unermüdlich und mit vorbildlicher Treue geleitet hat, weilte bei der oben geschilderten Feier zum letzten Male inmitten der Vereinsmitglieder. Es sei ihr auch auch an dieser Stelle Dank gesagt für ihre aufopferungsfreudige Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe, die ihr stets unvergessen sein soll. Die jetzige Vereinsvorsitzende ist Frau Landgerichtspräsident Haenisch in Köslin, die bereits seit langen Jahren Stellvertreterin der Vorsitzenden war und mit reicher Erfahrung in allen Angelegenheiten des Frauenvereins ein warmes Herz für alle Not, die es zu lindern gibt, verbindet.

Wir lassen nun die Namen der am 21. Juni angezeichneten folgen, deren Dienstjahre in Klammern beigefügt sind:

Mathilde Denzin (40), Therese Beilfuß (28), Bertha Schulz (25), Martha Raabe (20), Ulrike Sielaff (20), Luise Beyer (20), Bertha Schröder (20), Ida Goers (20), Karoline Lettow (24), Amanda Dummer (21), Marie Simholtz (18), Emma Dill (16), Bertha Mett (15), Emilie Radloff (15), Emilie Radloff (15), Auguste Rades (15), Minna Pomrehn (12), Anna Netzel (12), Minna Möllerke (10), Mathilde Götze (10), Emma Köpke (10), Martha Gamke (10), Käthe Andrejewski (10), Bertha Funk (10), Anna Mielke (10), Ida Zielke (10), Helene Adam (10), Luise Amelung (9), Ida Klugmann (7), Ida Pomrehn (7), Grete Krugel (7), Martha Wendt (6), Amanda Möde (6), Helene Strey (6), Bertha Manske (6), Anna Eggert (5), Anna Fischer (5), Maria Neuenfeldt (5), Ernestine Knop (5), Maria Döring (5), Martha Radloff (5), Helene Warmer (5), Martha Timm (5), Minna Krause (5), Erna Westphal (5), Martha Abraham (5), Mathilde Fichtner (5), Frida Vanselow (5), Ida Wetzel (5), Helene Gildemeister (5), Anna Schmidt (5), Helene Manzke (5), Else Feilke (5), Ida Jeske (5), Meta Bahr (5), Meta Mielke (5), Erna Pergande (5), Erna Treichel (5), Luise Hein (5), Anna Pomplun (5), Martha Treichel (5).

— **Außerordentlicher Verbandstag der mittleren Postbeamten.** Vom 16. bis 18. Juni fand im Lehrervereinshaus zu Berlin ein außerordentlicher Verbandstag des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten statt, an dem 180 Vertreter aus allen Ober-Postdirektionsbezirken (bis auf Aachen, Koblenz und Trier, deren Vertreter keine Ausreiseerlaubnis erhalten hatten, aber mit Einschluß der Bezirke Straßburg (Elsaß) und Posen) teilnahmen. Der Tagung wohnten an den beiden Hauptverhandlungstagen Vertreter des durch wichtige Staatsangelegenheiten am Erscheinen verhinderten Reichspostministers bei, und zwar die Herren Unterstaatssekretär Teucke, Ministerialdirektor Dr. König und Geheimer Ober-Postrat Köhler, ferner waren Abgeordnete der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung sowie Vertreter der Organisationen erschienen, deren Verschmelzung mit dem Verband einstimmig beschlossen wurde. Auch die Organisationen der höheren, weiblichen und unteren Postbeamten hatten Vertreter entsandt. Eingeleitet wurde die Tagung mit einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die von den Feinden diktierten Friedensbedingungen. Diese seien, wie der Verhandlungsleiter, Ober-Postsekretär Curwy-Berlin unter brausendem Beifall betonte, für jeden Postbeamten unannehmbar; nur ein Friede des Rechts könne für sie in Frage kommen. Aus dem Geschäftsbericht ging die umfangreiche Arbeit des Verbandsvorstandes hinsichtlich der engeren Standesinteressen, und im besonderen auch im Hinblick auf die durch die Revolution bedrohten Interessen der gesamten Beamtenschaft hervor. Den breitesten Raum der Verhandlungen des Vrebandstages und der verschiedenen am zweiten Verhandlungstage zusammentretenden Ausschüsse nahm die Frage der Reform der völlig verfahrenen Personalverhältnisse bei der Postverwaltung in Anspruch. In der Hauptsache handelte es sich darum, das den Oberassistenten vor nahezu 20 Jahren zugefügte Unrecht, das in der Herabdrückung ihrer bis dahin innegehabten Rangstellung besteht, wieder gutzumachen, ohne die berechtigten Interessen der übrigen Beamtenklassen, der Sekretäre und so weiter, zu schädigen, und ferner darum, für die notwendige künftige Neuordnung der Personalverhältnisse den Zeitverhältnissen und den dienstlichen Belangen entsprechende Grundlagen aufzustellen.

— **Zu der Holzarbeiterbewegung.** Wie wir kurz vor Redaktionsschluß hören, haben die am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen im Holzgewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer Einigung geführt. Die Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes sind bewilligt worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 26. Juni.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die vom Ministerpräsidenten Bauer geleitet wurde, begann um 6 Uhr und hatte um 9 Uhr ihr Ende erreicht. Sie hatte sich mit allen aktuellen Fragen, so auch den Vorgängen in Hamburg, befaßt. Den Hauptpunkt der Beratung aber bildete, wer nach Versailles gehen und den Frieden unterschreiben soll. Obwohl eine Anzahl Vorschläge gemacht wurden, konnte keine Einigung erreicht werden. Mit derselben Frage wird sich die heutige Sitzung zu befassen haben.

Berlin, 26. Juni.

Der Ausstand der Berliner Eisenbahnarbeiter auf dem Görlitzer Bahnhof hat am gestrigen Tage insofern eine Verschärfung erfahren, als die Arbeiter in zwei Hauptwerken die Arbeit niedergelegt haben, wodurch eine Gefährdung des Fernverkehrs eingetreten ist. Es bleibt abzuwarten, ob der Ausstand allgemein wird. Die Streikenden des Görlitzer Bahnhofs haben der Eisenbahndirektion die Bereitwilligkeit, die Lebensmittelzüge abzufertigen, erklären lassen. Vom Schlesischen Bahnhof verkehren die Züge infolge des Streiks in Breslau nur bis Sommerfeld.

Breslau, 26. Juni.

Der Eisenbahnminister hat an die Eisenbahndirektion in Breslau ein Telegramm gerichtet, wonach in den Hauptforderungen der Streikenden Zugeständnisse gemacht werden sollen. So soll das Rätesystem nach Erfurter Muster eingeführt werden. Ueber die anderen Forderungen schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Landsberg a. W., 26. Juni.

In der vergangenen Nacht ist es hier zu schweren Unruhen gekommen. Auf dem Markt sammelten sich in den Abendstunden große Menschenmassen, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren. Die Menge, die aufgehetzt wurde, zog nach dem jenseits der Warthe gelegenen Proviantamt. Der Posten wurde entwaffnet und die Türen eingeschlagen und zu plündern begonnen. Die herbeigerufene Polizei und Feuerwehr waren machtlos. Auch eine Abteilung des Artillerie-Regiments Nr. 54 mußte bald die Waffen strecken. Der Schaden beläuft sich auf über eine halbe Million Mark. In den Morgenstunden zog die Menge nach den städtischen Lebensmittellagern und raubte diese völlig aus. Heute vormittag ist die Plünderung des Proviantamtes im vollen Gange. Die geraubten Sachen werden auf Wagen fortgefahren. Militärische Hilfe zu erlangen, war bisher noch nicht möglich. Da die Menge heute morgen die Bäckereien gestürmt und ausgeraubt hat, ist Landsberg seit heute mittag ohne Brot. Für die Nacht werden neue Unruhen erwartet.

Für die übersandten Glückwünsche zur Vermählung sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Emil Schulz und Frau
Hedwig geb. Dahnz.

Köslin, im Juni 1919.

Bahn-Polizeiverordnung.

Bei der gegenwärtigen öffentlichen Unsicherheit ist es notwendig, daß sich die auf Reisen befindlichen Personen den mit der Ueberwachung des Reiseverkehrs beauftragten Polizeibeamten gegenüber jederzeit über ihre Person ausweisen. Es ist deshalb ratsam, daß jeder Reisende sich vor Reiseantritt mit einem amtlichen Ausweise über seine Person versieht.

Zur Unterstützung der Eisenbahn-Polizeibeamten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Zügen werden die Personenzüge von militärischen Kommandos begleitet, denen die Befugnisse von Eisenbahn-Polizeibeamten beigelegt werden. Sie sind berechtigt, Prüfungen der Fahrkarten, und Personausweise in den Personenzügen vorzunehmen. Die Reisenden sind verpflichtet, ihre Fahrkarten und Personausweise den militärischen Zugkontrollen auf Verlangen vorzuzeigen und deren Anordnungen Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden nach § 77 und 82 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung bestraft.

Die Vorschriften des § 16 der Eisenbahn-Verkehrsordnung über die Behandlung von Reisenden ohne giltige Fahrkarten bleiben unverändert in Kraft.

Danzig, den 5. Juni 1919.

Eisenbahndirektion.
gez. Harzbruch.

Veröffentlicht
Die Polizeiverwaltung.
Dr. Busch.

Bekanntmachung.

Die Kohlenhändler können bei den gegenwärtigen äußerst hohen Unkosten, die der Kohlenhandel bedingt, mit den z. Zt. festgesetzten Verkaufspreisen nicht mehr auskommen, daher haben wir beschlossen, von sofort ab die Preise wie folgt festzusetzen;

für Briketts	ab Lager	4,00 Mark;	frei Haus	4,30 Mark
„ Steinkohlen	„ „	5,00 „	„ „	5,30 „
„ Hüttenkoks	„ „	7,00 „	„ „	7,30 „

außerdem die üblichen Zulagen für das Heraufbringen in die höheren Stockwerke.

Köslin, den 24. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Reisebrotmarken am 1. Juli 1919 verfallen. Umgetauscht werden dieselben nur, wenn der Nachweis einer Abmeldung von einer Behörde erbracht wird. Es wird dem Publikum empfohlen, die Reisebrotmarken möglichst bei den Bäckern umzusetzen.

Köslin, den 25. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In dem Geschäft des Fleischermeisters Heydebreck, Bublitzerstraße 16, findet kein Fleischverkauf mehr statt. Die dort in die Kundenliste eingetragenen Haushaltungen werden wie folgt verteilt:

Nr. 1 bis 100 Fleischermeister August Schulz, Bublitzerstraße,
„ 101 „ 200 „ Berndt, Bublitzerstraße,
„ 201 „ 299 „ Dahnz, Hohetorstraße.

Etwaige Umschreibungen auf andere Fleischereibetriebe werden im Schlachthofe vorgenommen.

Köslin, den 25. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Sämtliche Verkaufsstellen und Ackerbürger werden darauf aufmerksam gemacht, daß die

Vollmilchkarten

ab 1. Juli andere Farben erhalten, und zwar:

1/4 Liter violett
1/2 „ weiß
3/4 „ rot
1 „ rosa.

Besonders ist auf die 1/2 Literkarten zu achten.

Köslin, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Die Ernte der Kirschenallee am Repkower Bauerndamm soll verpachtet werden.

Anmeldung zur Besichtigung und Angebote an Inspektor Conrad in Repkow.

Habe wieder Telefonanschluß
Nr. 412
Emil Freyer, Malermeister,
Köslin, Wilhelmstr. 15.
Uebernehme noch Ausführungen von Malerarbeiten.

Kriegerverein Altbelz und Umgegend.

Sonntag, den 29. Juni, nachm. 4 Uhr
Generalversammlung.
Tagesordnung.
1. Besprechung über das diesjährige Sommervergnügen,
2. Aufnahme neuer Mitglieder,
3. Verschiedenes,
4 Einziehen der Beiträge.

Der Vorstand.

Gewerkverein der Heimarbeiterinnen.

Gemeinsamer Strandausflug bei gutem Wetter Freitag, den 27. Juni. Abfahrt 2 Uhr. Bei zweifelhaftem Wetter hängt von 11 Uhr an Bescheid im Laden Hohetorstraße aus.

Pflegeeltern

für taubst. Knaben gesucht. Es wird ein Pflegegeld von 420 Mk. und ein Kleidergeld von 120 Mk. jährlich gezahlt. Meldungen erbeten an die Direktion der Prov.-Taubst.-Anstalt.

Circus Gebr. Leysek
Köslin, Schützengarten.
Heute!!
Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr
Eröffnung
sowie täglich 7 1/2 Uhr abends
Große Vorstellung
Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. Juni, je
2 Gr. Vorstellungen
nachm. 3 1/2 u abends 7 1/2 Uhr
Eintrittspreise: Stehpl. 1.–, 2. Pl. 2.–, 1. Pl. 3.–, Sperrsitz 4.–, Logensitz 5.– M.
Billetsteuer wird extra erhob.
Kinder u. 10 J. zahlen nur nachm. halbe Preise, abends volle Preise.

Sonntag, den 29. Juni, bleibt mein Lokal für den öffentlichen Verkehr geschlossen.
Marx-Schwerinsthal.

An unsere Leser und Freunde!

Die abermalige, sehr starke Erhöhung der Arbeitslöhne im Zeitungsgewerbe, die Einstellung des Staatszuschusses zu den Papierpreisen zwingen die Zeitungsverleger, eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise ab 1. Juli d. Js. eintreten zu lassen. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und sehr gegen unseren Willen haben wir uns zu einer Preiserhöhung entschlossen und hoffen, daß unsere Leser und Freunde, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, uns auch in Zukunft das bisher bewiesene Wohlwollen erhalten werden.

Die Hinterpommerschen Zeitungsverleger innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins. Kreis 11, Bezirk 4, Hinterpommern.
J. A.: Der Vorstand.

Auf obige Mitteilung bezugnehmend, erhöhen wir den Bezugspreis unserer Zeitung auf Mk. 3.60 vierteljährlich, den Anzeigenpreis auf 25 Pfg. für hiesige und 30 Pfg. für auswärtige Inserenten für eine 6spaltige kleine Zeile.

„Kösliner Volksblatt"
vorm. „Fürstentumer Zeitung".

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs übernehmen wir provisionsfrei
Einrichtung von Scheckkonten
Ueberweisung von Hypothekenzinsen
„ „ Steuern
„ „ Mieten
„ „ Beamtengehältern.
Ostbank für Handel und Gewerbe
Depositenkasse Köslin
Hohetorstr. 2.

Ausflug.
Deutsch-nationale Frauengruppe.

Donnerstag, den 3. Juli: Ausflug nach Papiermühle (Kluß). Treffpunkt 2 Uhr Kadettenhaus. Fahrgelegenheit vorhanden, Plätze bestellen. Anmeldung bis spätestens Sonnabend im Hausfrauenverein erbeten. Mitglieder und Freunde, sowie die deutsch-natl. Jugend sind herzlichst eingeladen.

Der Frauen-Ausschuß.

Eingetroffen
Moderne Hosen- u. Anzugstoffe
preiswert – nur Friedensware
Anfertigung nach Maß – chicke Ausführung – tadelloser Sitz
G. Jakobzek, Bergstr. 38, II.

Ich treffe Dienstag, den 1. Juli, morgens 8 Uhr, mit einem Posten
Gänse
auf Bahnhof Altwieck ein.
Karl Panten.

Stelle meine beiden
Pferde, braun, Wallache
1,65 Mtr. groß, sofort preiswert zum Verkauf.
Krotz-Wilhelmshof 1 a.

Kammerlichtspiele.

Freitag, den 27. bis Montag, den 30. Juni 1919.
Kassenöffnung 1/2 8 Uhr. Beginn pünktlich 1/4 9 Uhr.

Die Rachegöttin.
Feinsinniges Drama aus dem Leben in 4 Akten mit Gerd Nissen und Georg Alexander.

Emil hat Zahnschmerzen.
Lustspiel in 3 Akten
mit Henry Bender und Lene Voß.

Zur bevorstehenden Ziehung 1. Klasse Preuß. Lotterie sind
Lose
in allen Abschnitten vorrätig.
Julius Schrader,
Bankgeschäft.

Eichene Schlafzimmer, gestrichene Schlafzimmer, Nußbaum und kieferne Kleiderschränke und Vertikows, kieferne Bettstellen
mit und ohne Matratzen,
Kücheneinrichtungen, Spiegel und Stühle
empfiehlt billigst
H. Stephan jun.,
Möbelfabrik.
Rogzower Allee 49. Fernspr. 401.

Suche für meine beiden Töchter (12 u. 9 J.) mit Fräulein für die großen Ferien einfachen
Landaufenthalt
bei kräftiger Kost, auch bei Lehrer, Förster oder dergl., möglichst in Nähe Köslins. Angeb. mit Preisangabe a. Regierungsrat Schneider, Köslin, Seminarstraße.

Schokolade
in Tafeln (Auslandsware) Pfund Mk. 80,– Kakao Pfund Mk. 35,– versendet gegen Nachnahme
Emil C. Siekmann, Herford,
Leopoldstraße.

Arbeitsmarkt.

Einen tüchtigen
Schuhmachergesellen
verlangt O. Kropp, Borkenhagen, Bez. Köslin.

Tüchtiges Alleinmädchen
bei gutem Gehalt und guter Verpflegung für Haushalt von drei Personen gesucht.
Frau Gertrud Bartelt,
Berlin-Friedenau, Kirchstraße 19.

Suche zum 1. August 1919. oder früher für m. Kinder von 4 bis 7 Jahren
Erzieherin
n. über 25. Jahre alt, m. nat. Ges., Zeuchn., Bild, Gehaltsf. erbeten,
Frau Hauptmann Seidel,
Rittergut Groessin
bei Schivelbein, Pom.

Pos. Flüchtl. ev. gepr. Lehrerin 25. Jhr. mus. sehr kinderlieb
sucht Erzieherinnenstelle
bei Kindern der Unterstufe.
Ist auch bereit, im Haushalt zu helfen. Familienanschluß Bedingung.
Herter, Groß-Möllen bei Köslin, Haus Freyer, neben dem Kurhaus.

Suche zum 1. Juli ein tüchtiges
Mädchen für Küche und Haus.
Frau Dr. Haßler, Danzigerstr. 84, 1.

Tüchtiges ehrliches
Hausmädchen
sofort oder zum 1. 8. gesucht. Gehalt 50 Mk. Danowski, Bergstr. 29.

Frauen und Mädchen
zum Wrukenpflanzen dringend verlangt. Hoher Lohn, gute Beköstigung.
Arbeitsnachweis.

Tiermarkt.

1 starkes
Arbeitspferd
sucht zu kaufen
A. Treptow.

Eine hochtragende Sau
steht zum Verkauf.
Wo sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein 6jähriger Rappe
(Wallach), 1,70 m groß, steht zum Verkauf oder Tausch.
Lütschwager, Mühlentorstr. 6.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Villen
Hotels, Pensionate, Landhäuser, Stadtgrundstücke usw. sucht sofort zwecks Zuführung an zahlreiche Kaufsuchende.
Immobilien-Propaganda-Ges., Berlin, Friedrichstr. 131 D.
Kostenloser Vertreterbesuch.

Güter und Landgrundstücke
in jeder Größe bis zu 1 Million Mark Anzahlung sofort zu kaufen gesucht
Vahl, Markt 22,
Eingang Rosmarinstraße.
Telefon 574.

Wohnungen, Zimmer.

Ein Laden
zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Vom 13. bis 27. Juli für junge Dame
möbl. Zimmer
in gutem Hause ges. Angeb. mit Preis unter Z 372 an die Geschäftsstelle des Kösliner Volksblatts.

An- und Verkäufe.

Leere Fässer
hat abzugeben
Hans Schönederndt,
Hohetorstraße 3.

Neuer Gesellschaftsanzug
(Gehrock) für große schlanke Figur zu verkaufen Rogzower Allee 13, l.

Gute Tabakpflanzen
hat abzugeben
Gustav Schwarz, Panknin.

1 Paar lange Gummistiefel
zu verkaufen.
Moede, Gärtnerstr. 6.

Verschiedenes.

Landwirt,
32 Jahre alt, Ww. mit 3 Kindern, besitzt Landwirtschaft mit 65 Morgen, möchte sich mit einem Fräulein mit Vermögen baldigst verheiraten. Nähere Auskunft bei
Gustav Manke, Köslin, Große Baustr. 36.

Reell!
Herren und Damen jed. Stand., welche bei tägl. 2- bis 3stünd. Arb. (d. Abschr. v. Adressen)
200–300 M.
u. mehr zu verd. wünsch., woll. kurze Angeb. m. Rückporto an
Abt. 1, „Orient-Werke",
W. Petersen., Celle H. Nr. 176, richten.

Pianist (erstklassig), empfiehlt sich für Festlichkeiten und Tanzveranstaltungen. Gute Marsch- und Trauermusik.
Kurt Bock, Kapellmeister,
Mühlentorstr. 60.

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde.
Freitag abend Gottesdienst 7,30 Uhr.

Kösliner Veranstaltungen.

Donnerstag, den 26. Juni 1919.
Gastspiel des Cirkus Gebr. Leysek
abends 7,30 Uhr Schützenplatz.

Anzeigen aus Zanow.

Nähmaschinen
treffen in allernächster Zeit in größerer Menge ein.
Bei Bedarf fordere man kostenloses Angebot.
Preise äußerst billig.
Reinhold Schwarz,
Telefon 13.
Vertreter für die Kreise Köslin und Schlawe werden angestellt.